Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 146 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. —. Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Donnerstag, den 25. Juni | Erscheint: wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" Herd und Scholle". — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die französische Regierung hat die Antwort auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover fertiggestellt und sie nach Washington übermitteln lassen.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin" trifft Vorbereitungen für die Arktisfahrt, die Ende Juli beginnen soll.

* Die Ozeanfleger Post und Gatty haben auf ihrem Flug von Amerika nach Berlin in England eine Zwischenlandung vorgenommen und sind nach einstündigem Aufenthalt weitergeflogen.

Der Appell an Frankreich.

Vor ein paar Tagen, als das neue französische Marine-Bauprogramm in der Pariser Deputiertenkammer beraten wurde, leistete sich der jetzt amtierende Marineminister, also ein aktives Mitglied des französischen Kabinetts, die erstaunliche Behauptung, Deutschland rüste zur See um etwa 25 Prozent mehr als es der Versailler Vertrag zulasse. Ein langer deutscher Widerspruch mit genauester Darlegung erfolgte, — aber davon nimmt natürlich weder der Marineminister selbst, noch die Französische Kammer irgendwie Notiz, obwohl doch jene Beschuldigung ganz klipp und klar sagt — und sagen soll —, Deutschland kümmere sich den Teufel um die Entwaffnungsbestimmungen von Versailles. Für das Beleidigende eines solchen Vorwurfs fehlt in Paris offenbar die Empfindung.

Wir Deutsche zucken nachgerade über solche „Kleinigkeiten" die Achseln oder leisten uns höchstens eine rein sachliche Erwiderung. Immerhin machen sie es uns besonders schwer, nicht mit den Achseln zu zucken, wenn man von uns den „guten Willen" verlangt, ihn aber selbst ein bißchen allzusehr vermissen läßt. Und schwer genug kommt es uns daher auch an, so, wie es der Deutsche Reichskanzler in seiner Rundfunkrede tat, etwas wie einen Strich zu ziehen unter jenes und so vieles andere — immer im Hinblick auf die Vorschläge Hoovers, die nun einmal unstreitig eine neue Lage geschaffen haben. Sie haben die Fenster zu jenen Beratungssälen aufgerissen, in denen die Vertreter der „Vereinigten Staaten Europas" debattierten, einander bekämpften, sich gegenseitig attackierten, bisweilen „vereinigt" über Deutschlands Sachwalter herfielen, — aber nie auch nur das geringste praktisch zustande brachten. Die immer stärker flammenden Warnungszeichen der wirtschaftlichen und nicht minder der sozialen Krise blieben unbeachtet. Bis jetzt die Fenster aufgestoßen wurden von außen her und ein brausend frischer Luftstrom in die Zimmer hineindrang.

„Es ist das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Verstimmungen des Augenblicks hinaus vorwärtszudenken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen". Dieses „Alles-tun-wollen" veranlaßte die deutsche Regierung zu dem Wunsche, auch mit den französischen Staatslenkern zu einer persönlichen Aussprache gelangen zu können. Es ist ein fast unerhörter Schritt, den Dr. Brüning mit der Verkündung dieses Wunsches vor aller Welt getan hat, ohne jede sonst übliche, vorher alles glättende „diplomatische Vorbereitung" und ohne die Gewißheit, daß dieser Wunsch auch dort Gehör findet, wohin er gerichtet ist. Stößt er auf taube Ohren, dann wäre das kein Mißerfolg für den deutschen Reichskanzler. Gerade er hat als Lenker der deutschen Politik in der letzten Zeit Bitteres genug hinunterschlucken müssen, was ihm von Paris her kredenzt wurde. Aber er hat es heruntergeschluckt, weil die Botschaft Hoovers auch und vor allem Frankreich vor die Wahl stellt, ob es durch weiteres Festhalten an bisherigem Mißtrauen, an immer neuen oder oft wiederholten Beschuldigungen gegen Deutschland, durch Aufstellung aller möglichen Forderungen und Bedingungen die Vorschläge Hoovers um den besten, ja den entscheidenden Teil ihrer Wirkungen bringen will oder ob es ebenso mitmacht, wie alle andern Mächte es tun. Ob es — gar nicht sehr spürbare — Opfer bringen oder wie Shylock auf seinem „Blutschein" bestehen will. Ob es trotz dieses unbedingt „guten Willens", dieses Wunsches nach Zusammenkommen und Zusammenarbeit, wie er in den Schlußworten der Rede Brünings mit entscheidender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde, immer nur hartnäckig auf einem halben oder ganzen Nein verharren oder endlich einmal Ja sagen will.

Es ist schwer zu glauben, daß Frankreich sich etwa deswegen von wirklich aller Welt politisch und — moralisch isolieren wird, nur weil dem deutschen Volk eine Atempause gegönnt werden soll. Oder weil amerikanische Hände es waren, die mit englischer Unterstützung den bisher gänzlich verbauten und versperrten Weg freizumachen versuchen. Dr. Brüning streifte in seiner Rede auch diese „politischen" Fragen, die „für die Beunruhigung Europas von Bedeutung sind", aber gelöst werden müssen, soll die Aktion Hoovers nicht erfolglos, nicht ohne „Fernwirkung" bleiben. Und darum ist der politische Zweck des letzten Teils der Brüning-Rede klar gewollt und klar erkennbar: Mit stärkstem moralischen Druck, mit aller Deutlichkeit wird den Franzosen der letzte scheinbare Grund genommen, ein halbes oder ganzes Nein aussprechen zu können. Sonst würde eine Isolierung Frankreichs in einem Maße sich ergeben, wie sie in Paris unmöglich erwünscht sein kann, eine Isolierung von aller Welt.

Frankreich macht Schwierigkeiten

Die französische Antwort an Hoover.

Deutschland soll 612 Millionen bezahlen.

Die französische Antwort an Amerika, die sehr umfangreich sein soll, ist nunmehr fertiggestellt worden. Ministerpräsident Laval erklärte, daß er vorläufig nicht in der Lage sei, irgendwelche Einzelheiten aus dem Inhalt der Note der Öffentlichkeit preiszugeben. Die französische Denkschrift ist dem Botschafter der Vereinigten Staaten zur Weiterleitung nach Washington überreicht worden. Die offizielle Veröffentlichung des Inhalts soll erst am Freitag erfolgen.

Wie die Pariser Blätter mitteilen, umfaßt die Antwort vier Schreibmaschinenseiten und ist in äußerst höflichem Ton gehalten.

In der Einleitung begrüßt die französische Regierung, wie die Blätter weiter melden, die Absichten Hoovers und betont, daß ein Aufruf zugunsten der durch die Krise besonders betroffenen Länder stets Gehör finden werde. Frankreich habe bereits Beweise seines guten Willens abgelegt und versucht, im Geiste einer aktiven Zusammenarbeit die Schwierigkeiten zu beheben, die in Mitteleuropa aufgetreten seien. Die französische Antwort weist dann auf die eigene Finanz- und Haushaltslage hin, die im Laufe des letzten Jahres schwieriger geworden sei, und die die Regierung verpflichte, die ihr vorgeschlagenen Maßnahmen genauestens zu prüfen.

> **„Vom Rechtsstandpunkt aus sei es der französischen Regierung außerdem unmöglich, auf den Young-Plan zu verzichten, der feierlichst unterzeichnet worden sei, und wonach die Reparationen eine geheiligte Schuld darstellten. Eine Aufhebung der ungeschützten Zahlungen würde eine erste Verfehlung gegenüber dem Young-Plan bedeuten und für die Zukunft gefährliche Nachwirkungen haben können."**

„Der Young-Plan sei außerdem vom französischen Parlament ratifiziert, und die französische Regierung habe daher nicht das Recht, irgendwelche Änderungen anzubringen, ohne das Parlament vorher zu fragen.

Um dem weitherzigen Unternehmen des amerikanischen Staatspräsidenten die Hilfe im Rahmen des Möglichen jedoch nicht zu versagen, schlägt die französische Regierung ein Kompromiß vor, das zugleich

die Aufrechterhaltung des Young-Planes und eine Unterstützung Deutschlands

bedeutet. Dieser Kompromißvorschlag geht dahin, daß Deutschland in diesem Jahre wie in allen anderen Jahren den ungeschützten Teil der Reparationen in Höhe von 612 Millionen Mark abliefert. Zum Unterschied von anderen Jahren soll diese Zahlung jedoch nicht in Auslandsdevisen, sondern in Reichsmark erfolgen und außerdem an die B. J. Z. abgeliefert werden. Der Frankreich zustehende Teil soll von der B. J. Z. auf das Konto Frankreichs eingetragen werden, so daß die Form vollkommen gewahrt bleibt. Die französische Regierung ermächtigt die B. J. Z. jedoch zu gleicher Zeit, diese Summe dem Reich in Form einer Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Am Schluß ihrer Antwort gibt die französische Regierung der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vorschläge die ungeteilte Zustimmung des amerikanischen Staatspräsidenten finden werden.

Da die französische Presse sich im allgemeinen in solchen außenpolitischen Fragen als gut unterrichtet erwiesen hat, darf man wohl annehmen, daß der von ihr wiedergegebene Inhalt der französischen Antwortnote mit dem offiziellen Inhalt übereinstimmen wird. Frankreich besteht also auf seinem Schein und macht nach wie vor Schwierigkeiten zur vernünftigen Regelung der Reparationsfrage.

Man wird gespannt sein dürfen, welche Aufnahme die französische Antwortnote in Amerika finden wird.

Amerika soll nach wie vor darauf bestehen, daß sein Moratoriumsangebot ohne Bedingungen und ohne Änderung durch andere Mächte angenommen wird. Die amerikanische Regierung soll sogar Frankreich haben wissen lassen, daß sie eine Ablehnung ihres Vorschlages als einen unfreundlichen Schritt ansehen würde, durch den die Gefahr heraufbeschworen würde, daß Amerika das Moratoriumsangebot wieder zurückzieht.

Belgien schließt sich Frankreich an.

Wie nunmehr feststeht, wird Belgiens Stellungnahme zum Hoover-Moratorium dieselbe sein wie die Frankreichs.

„Herzliche grundsätzliche Zustimmung."

Mussolinis Antwort an Amerika.

Der italienische Botschafter in Washington hat den telegraphischen Auftrag erhalten, die italienische Zustimmung zum Vorschlag Hoovers der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen.

> Das entsprechende Telegramm Mussolinis lautet: „Ich bitte Ew. Exzellenz, der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis zu bringen, daß ich den Vorschlag des Präsidenten Hoover über die völlige Vertagung der Schuldenzahlungen während eines Jahres zwischen den Regierungen geprüft habe. Dieser Vorschlag bringt für Italien beachtliche Opfer mit sich. Aber ich habe nach reiflicher Überlegung beschlossen, ihm meine herzliche grundsätzliche Zustimmung zu geben. Ich behalte mir vor, später der Regierung der Vereinigten Staaten einige Bemerkungen zugehen zu lassen, die auf eine billige und praktische Durchführung der glücklichen Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten hinzielen, wie sie sicher in der Absicht des Präsidenten Hoover liegt. Ich hoffe, daß die Initiative des Präsidenten Hoover, deren hohe moralische Bedeutung vollkommen vom italienischen Volk verstanden wird, eine Periode wirklicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern einleiten möge, die in diesem Augenblick allgemeiner Schierigkeiten und am Vorabend der Abrüstungskonferenz besonders notwendig ist.
>
> gez. Mussolini."

Die Zustimmung Italiens ist also nicht an irgendwelche Voraussetzungen hinsichtlich eines Verzichts Deutschlands auf die Zollunion geknüpft worden, wie dies zuerst von einer Agentur behauptet worden war.

Die englische Annahme des Hoover-Planes.

Der britische Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von der grundsätzlichen Annahme des Hoover-Planes durch England entsprechend der Äußerung des englischen Ministerpräsidenten im Unterhaus in Kenntnis gesetzt.

England zum Hoover-Plan.

Aussprache im Unterhaus.

Die Erklärung Snowdens im Unterhaus über den Hoover-Plan erfolgte nach Londoner Meldungen auf Grund einer Anfrage Baldwins, ob die Regierung irgendwelche weiteren Aeußerungen über ihre Politik zur praktischen Verwirklichung der Reparationsvorschläge des Präsidenten Hoovers machen könnte.

Aus der Erklärung Snowdens sei zur Frage der Regelung mit der BJZ. folgendes wiedergegeben. Das weitere Vorgehen, das England begünstige, bestehe darin, daß die Gläubigermächte sofort die BJZ. von ihrem Einverständnis mit dem Vorschlag zur Einstellung aller deutschen Zahlungen auf die Dauer von einem Jahr benachrichtigen sollten. Die Entscheidung liege natürlich nicht allein bei der englischen Regierung und diese erwarte daher die Ansichten der übrigen Gläubigermächte. Wir hoffen, so sagte Snowden, daß es möglich sein wird, baldmöglichst ein Abkommen sicherzustellen, daß sich auf diesen Richtlinien bewegt. Obwohl die englische Regierung der Ansicht sei, daß die Vorschläge des Präsidenten Hoovers die Kriegsschuldenfrage der Dominions und Indiens England gegenüber nicht direkt berühren — diese seien unter den Mitgliedern des englischen Weltreiches selbst zu erörtern und zu regeln — so habe sie doch gefühlt, daß sie den Wunsch des Landes zum Ausdruck bringe, wenn sie sich entschließt, den Dominions und Indien dieselben Zugeständnisse anzubieten, wie sie den ausländischen Ländern unter denselben Voraussetzungen vorgeschlagen worden seien.

Baldwin erklärte, da er diese Erklärung nicht voraussehen könne, begnüge er sich mit der Erklärung, daß nach seiner Ansicht und wie er glaube nach Ansicht seiner Parteimitglieder, die Regierung einen Schritt getan habe, der vollends mit der Würde und dem Ansehen Englands übereinstimme. Lloyd George brachte seine Freude zum Ausdruck, daß die Regierung diese durchaus tapfere und keinen Zweifel lassende Antwort auf die sehr erhabene Geste der Vereinigten Staaten gegeben habe.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Besprechung der süddeutschen Regierungen.

In Stuttgart fand eine Besprechung von Vertretern der süddeutschen Regierungen von Württemberg, Bayern, Baden und Hessen statt. Der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz führte den Vorsitz. Ferner waren u. a. erschienen der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der badische Staatspräsident Wittemann, der hessische Staatspräsident Adelung. Die Beratung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Auswirkung der Notverordnung für die Länder und mit der Frage, wie ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Staatshaushalte geschaffen werden könne. Bei den Besprechungen zeigte es sich, daß die Politik der Reichsregierung in den süddeutschen Ländern eine sehr starke Stütze hat.

Unpolitisches Wochenende im Rheinlande.

Der Regierungspräsident von Köln hat die zuständigen Bürgermeister angewiesen, bis auf weiteres während der Sommermonate an den Sonn- und Feiertagen und am Vortage ab 12 Uhr politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel nicht zuzulassen. Begründet wird diese Maßnahme u. a. damit, daß politische Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in den Erholungs- und Ausflugsgebieten vielfach eine besondere Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeuten. Von den polizeilichen Gesichtspunkten abgesehen, hätten die Bürger andererseits einen Anspruch darauf, nach der harten Arbeit und Sorge der Woche sich ungestört durch politische Ausschreitungen in der freien Natur zu erholen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wandte sich an den Reichskanzler mit dem Ersuchen, die versprochenen Erleichterungen in der Notverordnung angesichts der bevorstehenden Annahme des Hoover-Planes möglichst bald zu verwirklichen.

Berlin. Das Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung veröffentlicht einen Runderlaß des preußischen Innenministers, in dem die Polizei unter Hinweis auf die politischen Ausschreitungen der letzten Zeit, die gezeigt hätten, daß sich in den Händen der Mitglieder radikaler politischer Organisationen noch immer Schußwaffen befänden, ersucht wird, dem Mißbrauch mit Schußwaffen, insbesondere dem ungesetzlichen Führen von Schußwaffen sowie auch jeglichen ungesetzlichen Handel mit Schußwaffen oder Munition auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.

Berlin. Anläßlich des Todestages Walter Rathenaus am 24. Juni haben die Walter-Rathenau-Stiftung und die Walter-Rathenau-Gesellschaft am Grabe Walter Rathenaus auf dem Friedhof in Oberschöneweide und an der Walter-Rathenau-Gedenktafel in der Königsallee in Berlin-Grunewald Kränze niedergelegt.

Berlin. Reichsbannerleute und Nationalsozialisten hatten an zwei Stellen Berlins blutige Treffen, wobei es auch Verwundete gab. Die Polizei mußte eine Reihe von Zwangsgestellungen vornehmen.

Hamburg. In Brandstwiete entstand zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei, bei der auch einige Schüsse gewechselt wurden. Ob Personen verletzt wurden, ist nicht bekannt, da die Teilnehmern an der Schlägerei bereits verschwunden waren, als die Polizei herbeieilte.

Rom. Der italienische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Graf de Vecchi, hat die zweite italienische Antwortnote im Streit um die Katholische Aktion dem Kardinalstaatssekretär überreicht. Der Inhalt dürfte erst später bekannt werden.

Jugendliche Erwerbslose bleiben in der Arbeitslosenversicherung.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, haben die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor den beiden Sitzungen des Ältestenrates zu Anfang der vergangenen Woche ein Ergebnis gehabt, das die Wiederhereinnahme des größten Teiles der jugendlichen Erwerbslosen unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht stellte.

Nach den Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung, in denen diese Angelegenheit geregelt werden soll, wird grundsätzlich der Rechtsanspruch der Erwerbslosen bis zu 21 Jahren an die Arbeitslosenversicherung anerkannt, seine Anwendung jedoch von einer Bedürftigkeitsprüfung nach den Bestimmungen der Krisenfürsorge abhängig gemacht, wobei der Reichskanzler zugesagt hatte, daß diese Brdürftigkeitsprüfung in milder Form gehandhabt werden solle. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sind den Landesarbeitsämtern entsprechende Weisungen vom Reichsarbeitsministerium erteilt worden, da das neue Verfahren formell ab 1. Juli, praktisch zum ersten Male am 13. Juli, zur Anwendung gelangt.

Die Arbeitszeitverkürzung.

Vorläufig keine Verordnung.

Im Reichsarbeitsministerium fanden Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Industrie statt. Die Verhandlungen ergaben eine allseitige Bereitwilligkeit, im Wege eines freiwilligen Zusammenwirkens der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zu versuchen, durch Kürzung der Arbeitszeit eine möglichst große Zahl von Arbeitslosen wieder der Arbeit zuzuführen. Der Reichsarbeitsminister hat mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Parteien die Frage des Erlasses einer Verordnung zunächst zurückgestellt.

Der Kampf um die Roggenstützung.

Die Verhandlungen im Reichstagsuntersuchungsausschuß.

Im Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Roggenstützungsaktion begannen die Plädoyers. Zunächst sprach der deutschnationale Abgeordnete Stubbendorf. Es habe, so führte er aus, durch den Ausschuß öffentlich festgestellt werden sollen, wohin die Entwicklung zur Staatswirtschaft auch im Getreidemarkt führe. Zwecks kalter Sozialisierung der Landwirtschaft habe man sie durch Steuern und dann durch eine mißverstandene Konsumentenpolitik zugrunde gerichtet. Die Preußenkasse sei ein Instrument zur Knebelung der Landwirtschaft geworden. Der Redner erhob dann schwere Vorwürfe gegen den Staatssekretär a. D. Hagedorn gegen die Preußenkasse und gegen den Roggenstützungskommissar Dr. Baade, der sich ohne eingehende Kenntnis des Ministers selbst monatliche Einkünfte bewilligt habe, die zusammen mit anderen Einkünften das Gehalt des Ministers nicht unwesentlich überstiegen. Der Redner schilderte dann die Wirkung der deutsch-polnischen Roggenübereinkunft und erklärte, die ganze Stützungsaktion habe sich als schwerer Schlag für den soliden Handel erwiesen.

Die Rückkaufaktik der Reichsregierung

habe das Fiasko vollkommen gemacht; sie sei von zahlreichen Berliner Getreidegeschäftsleuten als ein Geschenk des Himmels an sie zu Lasten der Landwirtschaft bezeichnet worden. Die Verluste der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft seien auf über 67 Millionen Mark beziffert worden, während die Getreide-, Industrie- und Commissions-A.-G. unverhältnismäßig große Gewinne habe einstreichen können. Man gehe nicht fehl, wenn man

die Kosten der Stützungsaktion

seit dem Frühjahr 1930 auf 100 Millionen Mark beziffere. Die Landwirtschaft habe nur riesige Verluste erlitten, und die ganze Sache habe mit der größten Blamage für alle beteiligten Stellen geendet.

Im Sinne dieser Ausführungen brachte Stubbendorf zum Schluß Anträge ein.

Im weiteren Verlauf der Beratungen brachten die volksparteilichen Mitglieder den Antrag ein, das Ende dieses Monats ablaufende Handelsabkommen mit Polen nicht zu verlängern.

Umzugskosten und Lakailivreen.

Allerlei Unerfreuliches über „Diplomatische Notwendigkeiten".

Der Rechnungshof für das Deutsche Reich ist unerbittlich bei seiner Nachprüfung der Ausgaben in der Verwaltung. Und immer wieder kommen dabei Dinge zum Vorschein, die überaus unerfreulich sind, weil sie leider nur allzu sehr selbst die primitivsten Anforderungen der Sparsamkeit vermissen lassen. Besonders

der Haushalt des Auswärtigen Amtes

erfreut sich der wohlverdienten „liebevollen" Aufmerksamkeit des Rechnungshofes, der allerdings mit seiner Nachprüfung erst bis ins Jahr 1928 gelangt ist. Sein Tadel trifft also Vorkommnisse, die fast drei Jahre zurückliegen und inzwischen doch wohl — hoffentlich — einer gründlichen Reform unterworfen worden sind.

Es ist ja ein bißchen viel, wenn statt der vorschriftsmäßigen 20 000 Mark Umzugskosten für einen Gesandten — was schon an sich nicht gerade wenig ist —, für einen solchen Gesandtenumzug von Berlin nach der Hauptstadt des auch nicht gerade großen südamerikanischen Staates Kolumbien, Bogota, 82 000 Mark bezahlt worden sind.

Zudem mußte für monatlich 1440 Mark ein möbliertes Gebäude gemietet werden und die mitgemieteten fremden Möbel „auf Speicher stellen", in einem besonders für diesen Zweck errichteten Schuppen. Groß sind die Interessen Deutschlands in Kolumbien nicht, aber ihre Vertretung um so kostspieliger!

Recht häufig — meist ebenso oft wie ein Gesandtenwechsel — erfolgt dann eine

Totalrenovierung der Gesandtschaftsräume.

Der Rechnungshof rügte es, daß dies bei einer deutschen Auslandsvertretung alle zwei Jahre geschehen ist und beim letzten Male 12 000 Mark kostete. Allerdings paßt jetzt Anstrich und Tapete begrüßenswerterweise genau zu dem Stil der neuen reichseigenen Möbel, — was vom Rechnungshof nicht unbedingt als stichhaltiger Grund für die Größe und „Notwendigkeit" der Ausgabe anerkannt wird. Auch die Öffentlichkeit wird dieser Meinung sein.

Ein bißchen reichlich ist es auch, wenn

zwei Botschaften und eine Gesandtschaft für 10 200 Mark Lakailivreen besteht

haben. Dafür kann man doch mindestens ein halbes Hundert Lakaien neu ausstaffieren, — aber auch dieser „Stil" paßt recht gut mit den sonstigen Ausgaben, die für die „Lebenshaltung" unserer Auslandsvertretungen großzügig gemacht worden sind. Daß allerdings nun im Mai 1930 die — Gehaltsvorschüsse die nette Summe von zwei Millionen erreicht hatten, ist weniger „stilgemäß"! Insofern nämlich als dieses Sichnichtnachderdeckestrecken" — obwohl die „Decke" recht groß ist — nun ganz und gar nicht zu der Not des deutschen Volkes paßt, die uns in Deutschland zu einer äußersten Einschränkung der Lebenshaltung zwingt.

Flug um die Welt

Neuer Ozeanflug geglückt.

Posts und Gattys Zwischenlandung in England.

Mit dem Plane, von Amerika in ununterbrochenem Fluge nach Berlin zu fliegen, waren die Flieger Willy Post aus Oklahoma und der Australier Harold Gatty, der als Berufsflieger in Los Angeles tätig ist, in dem Flugzeug „Winnie Mae of Oklahoma" von Harbor Grace gestartet. Den ununterbrochenen Flug haben sie nicht durchführen können: Sie mußten auf dem Sealand-Flugplatz in der Nähe von Chester in England eine Zwischenlandung vornehmen, und haben nach einem Aufenthalt von einer Stunde den Flug nach Berlin fortgesetzt. Aber trotz des Zwischenfalles: der neue Ozeanflug ist geglückt!



Die beiden amerikanischen Flieger Willy Post (im Apparat) und Harold Gatty (dahinter).

Post und Gatty befinden sich auf einem Fluge um die Welt und haben die Absicht, den Weltflugrekord des „Graf Zeppelin" zu brechen. Ihre weitere Flugstrecke von Berlin aus führt über Moskau, Irkutsk, Chabarowsk, Rome, Alaska, Kanada nach Cleveland, wo sie noch vor dem 4. Juli eintreffen wollen.

Den Namen „Winnie Mae" führt das Flugzeug zu Ehren eines kleinen Mädchens, der Tochter eines Ölfabrikanten aus Oklahoma, der die für den Flug erforderlichen Gelder gestiftet hat.

Und noch ein Ozeanflug.

Rund 13 Stunden nach dem Abflug von Post und Gatty startet von Harbor Grace das Flugzeug „Liberty" mit dem dänischen Piloten Hobris und dem Deutschamerikaner Hillig, die zunächst nach Kopenhagen fliegen wollen, und dann gleichfalls nach Berlin. Ihr Flugzeug ist weit langsamer als das der beiden anderen Flieger, aber sie haben dafür einen Glücksstalisman mit auf die Reise genommen. Die gesamte Einwohnerschaft von Harbor Grace wohnte ihrem Abfluge bei.

Zwischenlandung der Transozeanflieger.

Die Transozeanflieger Post und Gatty sind um 18.40 Uhr, von Chester kommend, in Hannover auf dem Flugplatz gelandet. Sie stiegen um 18.55 Uhr wieder auf, landeten aber bereits um 19 Uhr wieder, nachdem sie eine Platzrunde ausgeführt hatten, um zu tanken. Um 19.13 Uhr starteten sie sodann abermals zum Weiterflug nach Berlin.

Gesetzentwurf über Schmalfilme.

Neuregelung bei Vorführungen stehender Bilder.

Der Reichsrat nahm einen Gesetzentwurf über Schmalfilme an. Da die Verwendung dieser Filme wesentlich zugenommen hat und die Filme nicht nur in Privathäusern, sondern auch in Schulen und bei öffentlichen Aufführungen benutzt werden, hat es sich als notwendig erwiesen, Bestimmungen über die Sicherungen bei solchen Vorführungen zu treffen. Der Entwurf bestimmt, daß Schmalfilme schwer entflammbar und schwer brennbar sein müssen und daß andere Schmalfilme weder im Inlande hergestellt, noch aus dem Auslande eingeführt, noch nach Inkrafttreten des Gesetzes verwendet oder in Verkehr gebracht werden dürfen. Da sich ferner herausgestellt hat, daß dieselben Sicherungen auch für die Vorführung stehender Bilder notwendig sind, haben die Ausschüsse des Reichsrats die Vorschriften des Gesetzentwurfes auch auf das Lichtbildwesen ausgedehnt.

Der Sklarek-Ausschuß hat festgestellt:

In der Böß-Zeit Betrug, Fälschung, Bestechung, Korruption.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages zur Nachprüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung (Sklarek-Ausschuß) stellte in seiner Schlußsitzung das Ergebnis seiner Untersuchungen fest. In diesen Feststellungen, die zum größten Teil einstimmig gefaßt wurden, wird u. a. gesagt, daß

die von der Firma Sklarek verübten betrügerischen Handlungen und Fälschungen gegenüber der Stadtbank begünstigt worden seien durch Bestechung einer Anzahl auch leitender städtischer Beamten und Angestellten.

Im Grundstücksdezernat der Stadt habe Stadtrat Busch ausgesprochene Korruption getrieben. Die ohne Zustimmung der zuständigen städtischen Stellen durchgeführten umfangreichen Grundstücksankäufe der städtischen Unternehmungen, im besonderen der Berliner Verkehrsgesellschaft, hätten auf die überaus angespannte Finanzlage der Stadt Berlin keine Rücksicht genommen.

Für die Mängel in der Organisation der städtischen Verwaltung sei der damalige Oberbürgermeister Böß verantwortlich, der nicht in allen Teilen seinen schwierigen Aufgaben gerecht geworden sei.

Darüber hinaus habe er nicht diejenige persönliche Zurückhaltung bewahrt, die seine besonders exponierte amtliche Stellung als Oberhaupt der Reichshauptstadt erfordert hätte.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde gegen die Rechtsparteien ein Zentrumsantrag angenommen, der besagt, daß eine Unterlassung in der Ausübung der Aufsichtspflicht seitens der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörden nicht festgestellt worden sei. Der Antrag des Berichterstatters, Abg. Könnecke (Dtn.), der eine ziemlich scharfe Kritik an der Aufsichtsbehörde übte, wurde abgelehnt. Damit ist die Tätigkeit des Sklarek-Ausschusses, der 57 Sitzungen abgehalten und 159 Zeugen vernommen hat, beendet.

Die italienische Antwort an den Vatikan.

Die Untersuchung ist im Gange.

Die im Vatikan überreichte italienische Antwortnote enthält erneut die Versicherung, daß eine strenge Untersuchung im Gange ist, um diejenigen festzustellen, die sich der Beleidigung des Papstes oder der Beschädigung päpstlicher Paläste schuldig gemacht haben. Durch die Inaussichtstellung der Bestrafung Schuldiger ist gleichzeitig die Mißbilligung solcher Ausschreitungen gegeben. Ferner erinnert die italienische Regierung daran, daß sie noch immer auf die schon vor Monaten verlangte Mißbilligung gewisser antiitalienischer Kundgebungen durch den Vatikan wartet, wie z. B. der des südslawischen Klerus. In diesem Zusammenhang wird auch auf den seinerzeit viel besprochenen Hirtenbrief des Agramer Erzbischofs Bauer Bezug genommen.

Aufs neue protestiert die italienische Regierung gegen die Einmischung des Heiligen Stuhles in innere Angelegenheiten Italiens und bedauert in diesem Zusammenhang lebhaft, daß der Heilige Stuhl nach wie vor durch Reden, Telegramme und Aufrufe an die ganze Welt die Angelegenheit über ihre natürlichen Grenzen hinaus erweitere.

Das kämpfende Spanien.

Politische Ausschreitungen. — Scharfe Maßnahmen.

In Sevilla kam es zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Nationalen Aktion und dem Straßenpöbel. Durch einen Steinhagel wurden einige Studenten schwer verletzt. In einem in der Nähe von Sevilla gelegenen Dorf brach ein Aufstand gegen die Behörden aus.

Der spanische Finanzminister stellte fest, daß die Exporteure das Devisenablieferungsverbot umgehen. Der Minister drohte schärfste Maßnahmen an. Die Aburteilung derartiger Fälle soll nach Madrid vor einen Schnellrichter verlegt werden.

Der französische kommunistische Abgeordnete Duclos wurde aus Madrid über die Grenze abgeschoben. Außenminister Lerroux hielt in Hesca eine Rede gegen den Radikalismus, der die Freiheit bedrohe.

In Barcelona erklärten linksföderalistische Redner und aufständische Offiziere aus dem Jaca-Putsch, falls die Nationalversammlung ihren Wünschen nicht gerecht werde, müßten statt Worten die Waffen sprechen.

Die Arktisfahrt des „Graf Zeppelin".

45 Personen sollen teilnehmen.

Ende Juli will das Luftschiff „Graf Zeppelin" eine Forschungsfahrt in die Arktis beginnen. Es werden insgesamt 45 Personen an Bord sein, darunter der Leipziger Meteorologe Professor Weickmann, die beiden Geodäten Dr. Aschenbrenner-München und Professor Basse-Berlin, der bekannte russische Prof. Samoilowitsch, der seinerzeit die Rettungsexpedition des russischen Eisbrechers „Krassin" zu Nobile leitete, und der schwedische Geodät Professor Linndworg. Das Luftschiff wird zurzeit in Friedrichshafen für die Arktisfahrt mit einer

Polarausrüstung

versehen. Der Gefahr der übermäßigen Eisbildung auf der Hülle des Luftschiffes glaubt man durch eine entsprechende Navigation begegnen zu können, so daß besondere Vorsichtsmaßnahmen nicht getroffen zu werden brauchen. Das Luftschiff könnte 15 Tonnen Eis tragen, ohne das irgendwie Ballast abgegeben werden müßte. Nach

Zwischenlandungen in Berlin und Leningrad

wird die eigentliche Forschungsfahrt angetreten, die bis nach Josephs- und Nikolausland führen soll. An Stelle der geplant gewesenen Begegnung mit dem Polar-U-Boot „Nautilus", die nicht mehr in Frage kommt, ist ein Zusammentreffen des „Graf Zeppelin" mit dem russischen Eisbrecher „Malygin", der sich zurzeit im Karibischen Meere befindet in Aussicht genommen.

Ozeanflieger in Deutschland.

Ankunft im Flughafen Tempelhof.

Die Transozeanflieger Post und Gatty sind um 18,40 Uhr von Chester kommend in Hannover gelandet und flogen um 18,55 Uhr wieder ab, landeten aber bereits um 19 Uhr wieder, um zu tanken.

Um 20 Uhr 30 Minuten sind sie nun im Flughafen Berlin-Tempelhof glatt gelandet.

Sie verbringen die Nacht in Berlin und starten morgens zum Weiterflug nach Moskau.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 25. Juni 1931.

Siebenschläfer.

Über die gefährliche Klippe des Siebenschläfertages kommen wir nicht so leicht hinweg. Der Juni mag noch so schön, der Junihimmel noch so wolkenlos sein — den 27. Tag des Monats fürchten wir trotzdem, weil wir von ihm peinliche Überraschungen erwarten. Nächst den drei Gestrengeren Herren, die wir um die Maimitte zu überstehen haben, dürfte dieser Gedenktag der sieben frommen Jünglinge Maximianus, Malchus, Serapion, Dionysius, Johannes, Martinianus und Konstantinus, die in einer Höhle bei Ephesus einschliefen, um erst nach fast 200 Jahren wieder zu erwachen, der bedeutsamste „Lostag" des Kalenderjahres sein — natürlich nur für diejenigen, welche an „Lostage" glauben. Los- oder Lurtage sind bestimmte Tage, an welche sich in bezug auf Wetterprophezeiung der Volksglaube, der ja nicht selten Aberglaube ist, bindet. Aus den sogenannten Bauernregeln kennt man eine große Anzahl solcher Tage, die das Wetter einer ganzen kommenden Periode beeinflussen sollen. Nicht weniger als 84 Lostage soll es geben, und da sie oft dicht aufeinanderfolgen und sich gewissermaßen kreuzen, sollte man eigentlich annehmen müssen, daß ein großer Wetterprophezeiungskuddelmuddel entsteht. Sagt z. B. der eine Lostag schlechtes Wetter für vier Wochen voraus und fällt mitten hinein in diese Schlechtwetterzeit ein anderer Lostag, der für mehrere Wochen gutes Wetter ankündigt, so weiß man nicht, wie die beiden gegnerischen Lostage sich miteinander abfinden.

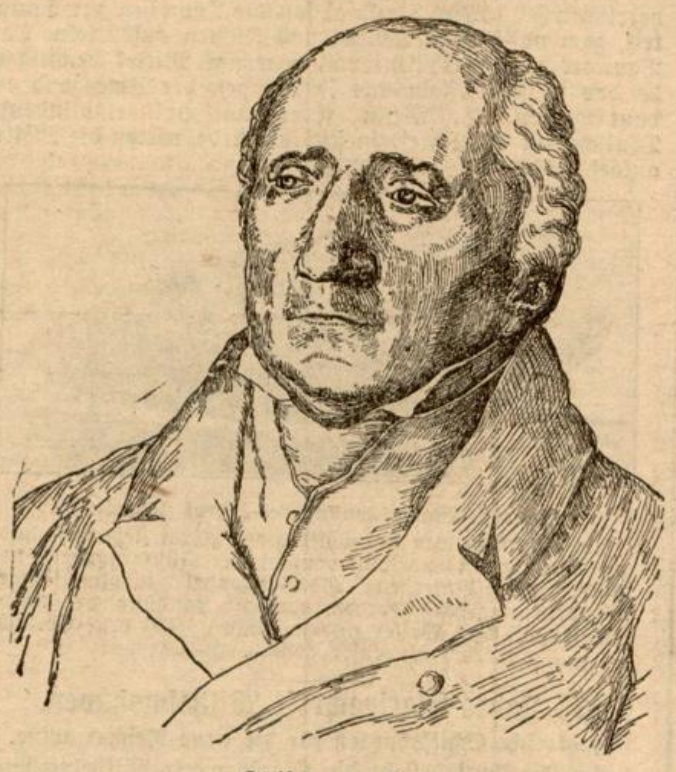
Zum 100. Todestage des Freiherrn vom Stein

am 29. Juni 1931.

Freiherr vom Stein.

Ein deutscher Mann.

Von Will Winker.



Freiherr vom Stein

„Das Vergangene wissen, das Gegenwärtige wollen, das Zukünftige ahnen: in diesem Dreigestirn der Gaben vollendet sich das Wesen derer, welche die Geschicke der Völker bestimmen." Dies Wort seines Biographen Max Lehmann könnte als Motto über dem Leben des Freiherrn vom Stein stehen.

Steins erste politische Kundgebung, die seinen Namen auf aller Lippen brachte, war sein Brief an den Herzog von Nassau im Jahre 1804. Mit scharfen Worten geißelt er die Kriecherei und Feigheit der kleinen Staaten und weist darauf hin, daß diese mit den beiden großen Monarchien Österreich und Deutschland vereinigt werden müssen, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt.

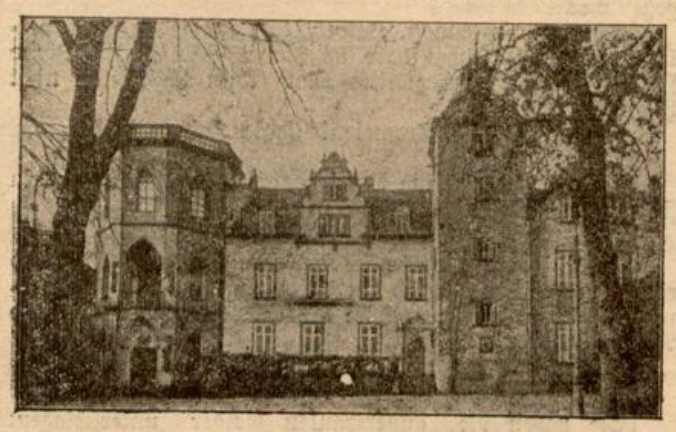
Der zweite entscheidende Schritt, der die grundlegenden Reformen im preußischen Staate anbahnt, ist Steins Denkschrift vom 27. April 1806. Sie nimmt gegen die Kabinetts-Regierung eines Köckritz und Haugwitz Stellung und fordert mit dem Satz „Die oberste Gewalt muß zwischen dem Oberhaupt und den Stellvertretern der Nation geteilt werden", zum ersten Male mit aller Deutlichkeit

die konstitutionelle Regierung.

Die damalige Situation schildert Lehmann in seiner Biographie folgendermaßen: „Die Folgen sind gleich schlimm für die Minister wie für den König. Unter den Ministern besteht keine Einheit mehr. Sie ist unnütz; denn die Resultate aller ihrer gemeinschaftlichen Überlegungen, die Gültigkeit ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse, sie hängen von der Zustimmung des Kabinetts ab; sie zu erlangen, darauf allein kommt es an." „Diese Abh...gigkeit von Subalternen, die das Gefühl ihrer Selbständigkeit zu einem übermütigen Betragen reizt, kränkt das Ehrgefühl der obersten Staatsbeamten, und man schämt sich einer Stelle, deren Schatten man nur besitzt, da die Gewalt der Raub einer untergeordneten Stelle geworden ist. Wird der Wille des beleidigten Ehrgefühls unterdrückt, so wird mit ihm das Pflichtgefühl abgestumpft, und diese beiden ...gen Triebfedern der Tätigkeit des Staatsbeamten werden gelähmt."

„Und nun der König. Er lebt in einer gänzlichen Abgeschiedenheit von seinen Ministern; er geht nicht mit ihnen um, er korrespondiert nicht mit ihnen. Die Folge ist Einseitigkeit seiner Eindrücke, Einseitigkeit seiner Beschlüsse, gänzliche Abhängigkeit von seinen Umgebungen. Alle Geschäfte der inneren Verwaltung werden ihm durch einen und denselben Kabinettsrat vorgetragen, der mit den verwaltenden Behörden in keiner fortlaufenden Verbindung steht, dem die Geschäfte nur bei einzelnen Veranlassungen, sehr oft nur durch einzelne Berichte eines einzigen Ministers zukommen."

Dies ist der zweite Grundstein, den Stein für das neue Deutschland legt. Nach dem vernichtenden Angriff gegen die Kleinstaaterei der Aufriß eines neuen Preußens. Es war gleichzeitig die Geburtsstunde der preußischen Konstitution und



Schloß Nassau, die Geburtsstätte Steins

eine Art von Rebellion gegenüber den erstarrten Verhältnissen von ehedem. Es war klar, daß dieser Feuerkopf, der in genialen Linien das Bild einer neuen Zeit entwarf, zu dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. in Gegensatz geraten mußte. Lehmann arbeitet den Unterschied der beiden Persönlichkeiten folgendermaßen heraus:

„Der eine heroisch veranlagt, ausgerüstet mit einem unbezähmbaren, vor nichts zurückschreckenden Mute, rasch in der Erfassung der Situationen, stets geneigt, die schwersten Aufgaben in Angriff zu nehmen, zäh aushaltend, bis ihm der Sieg zugefallen, unverwüstlich in seiner Arbeitskraft, seine Umgebung durch Überredung, gebieterisches Auftreten und moralischen Schwung fortreißend oder sich unterwerfend, der geborene Herrscher; der andere verständig, aber unfähig, verwickelte Lagen zu übersehen, persönlich rechtschaffen, aber langsam, schwerfällig, unsicher, deshalb mißtrauisch im Umgange mit überlegenen Geistern und starr auf Wahrung seiner Rechte bedacht, in der diplomatischen und militärischen Aktion leicht entmutigt und verzagt, schließlich immer wider Willen der Anziehungskraft des Stärkeren unterliegend. Der eine bedacht auf die Rettung der deutschen Nation und der abendländischen Völkergemeinschaft, von den höchsten Ideen der Menschheit geleitet, durch tiefe Neigung und unauflösliche Bande an das Ewige gekettet; der andere auch religiös veranlagt, aber vorliebnehmend mit dem engen Kreise der Alltäglichkeit, von der ihn besonders anzog die militärische Schaustellung, und niemals sein Auge über die Grenzen des ererbten Reiches erhebend. Der eine zu den gewaltigsten Gestalten der modernen Geschichte gehörend, der andere ein Durchschnittsfürst."

Die Entlassung.

Bekannt ist, daß Stein damals rücksichtslos und in fast grober Weise entlassen wurde. Der unheilvolle Bruch wäre für Preußen von großem Schaden gewesen, wenn nicht Stein auch in dieser Lage Selbstzucht übte und über persönliche Verstimmungen hinaus die großen Ziele nie vergaß. Wie immer in schweren Augenblicken seines Lebens fand er Trost in der Religion. „Er erhob seinen Blick von den Menschen fort zu den Mächten, die das Los der Menschen bestimmen. Längst hatte die Frömmigkeit seiner Mutter und seines väterlichen Freundes Heinitz die fatalistischen und materialistischen Äußerungen des Jünglingsalters verstummen machen, die ohnehin mehr Paradoxien als Bekenntnisse gewesen waren. In der Einsamkeit von Wetter an der Ruhr hatte er der Vorsehung vertraut; in Münster war ihm die Religion als ein Kleinod erschienen, wertvoller denn alle Philosophismen; in der Krisis der dritten Koalition hatte er den Unzufriedenen Glauben und Ergebung gepredigt. Seine religiöse Anlage war durch das Unglück verstärkt und vertieft worden; aber weiter als je war er von Quietismus entfernt, und wie immer nahm sein Ideengang eine moralische Wendung. „Ob und wie", erwiderte er einem Freunde, der sich besorgt nach seinem Schicksal erkundigt hatte, „ob und wie Gott helfen wird, wer kann das jetzt schon wissen? Aber festes Hoffen und Vertrauen nach oben, das heißt auf Gott, muß die Besseren



Schloß Kappenberg bei Lünen, der Altersſitz

aufrichten und jetzt mehr als je treu und fest unter sich zusammenhalten. Nur wer sich selbst aufgibt und in mutloser Untätigkeit dem Geschicke überläßt oder unterwirft, der ist ganz und für immer verloren."

In dem furchtbaren Zusammenbruch des preußischen Staates, der jetzt erfolgte, glaubt er nun eine Rettungsmöglichkeit: die populären Kräfte mit in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und aus dem Untertan einen mitverantwortlichen Staatsbürger zu machen.

Stein, der Reformer.

Der dritte Markstein in dem gewaltigen Lebenswerk Steins war die Nassauer Denkschrift vom Juni 1807. Sie gilt mit Recht als die wichtigste Kundgebung ihres Autors. Er forderte die Trennung der Rechtsprechung und Verwaltung, eine Vervollkommnung des Schulwesens und als Wichtigstes die Aufhebung der Leibeigenschaft, Aufhebung der Zünfte, Beseitigung der Standesprivilegien, eine neue Kreis- und Provinzialordnung und die Reichssteuer. — Wir haben hier den Aufriß der neuen preußischen Verwaltung. „D... m..ß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustande der Kindheit hinauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will. Der Übergang aus dem alten Zustand der Dinge in eine neue Ordnung darf nicht zu hastig sein, und man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Diskussion anvertraut." Sämtliche Kräfte der Nation werden für den neuen Staat in Anspruch genommen. „Sinken die höheren Klassen derselben durch Weichlichkeit und Gewinnsucht, so treten die folgenden mit verjüngter Kraft auf — und erhalten das ehrwürdige Gebäude einer freien selbständigen Verfassung." — Auf Hardenbergs Vorschlag wird Stein wieder in das preußische Ministerium zurückberufen. Daß er alle persönliche Verbitterung zurückdrängte und rein um der Sache willen Preußen treu blieb, bedeutet zweifellos das größte Moment im Leben Steins. Sein Biograph Max Lehmann[1] urteilt: „Der Entschluß Steins, das ihm widerfahrene Unrecht in seiner Erinnerung auszulöschen und das Amt des Regenerators eines gedemütigten, zerschlagenen, aus tausend Wunden blutenden Gemeinwesens anzunehmen, reicht für sich aus, seinem Namen die Unsterblichkeit zu sichern."

Während die äußere Geschichte Preußens eine ständige Demütigung war, schritt die innere Reform weiter fort. Das Gesetz vom 9. Oktober 1807 bedeutet die Magna Charta für den preußischen Staat: die Befreiung des Individuums, die Beseitigung der sozialen Privilegien, die Annäherung der Stände. „Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fernerhin kein Untänigkeitsverhältnis mehr — — Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute." „Die Feudalität, die früher das gesamte öffentliche Wesen der romanisch-germanischen Völker beherrscht hatte, war ihrer ursprünglichen Bedeutung entkleidet."

Mit der politischen Reform ging die geistige Reform Hand in Hand. Die Nation durfte keinen falschen Gebrauch von ihrer Freiheit machen. In seiner Selbstbiographie erklärt Stein, die Hauptidee seiner Reform sei gewesen, den sittlichen, religiösen und vaterländischen Sinn in der Nation zu heben. Den Egoismus seines Zeitalters zu bändigen, entsprach seiner ethisch veranlagten Natur. So wurde er



Die berühmte Reisekutsche Steins

der große Volkserzieher.

Alles, was er für den Staat tat, erscheint hier als ein gewaltiges Werk der Pädagogik. In ihm hatte aber auch die Religion ihren Platz. „Der Wert, den er auf sie legte, wird schon durch jene von ihm herrührende Stelle der Städteordnung bewiesen, die bestimmte, daß der Wahlversammlung eine gottesdienstliche Handlung voraufgehen solle. Er konnte und wollte der historischen Religion seines Volkes, deren Lehren ihn selbst zu sittlichem Leben erweckt hatten, nicht entraten. Denn dem Wesen des Christentums ist die von Standeshochmut unzertrennliche Versteinerung der Stände zu Kasten, gegen die Steins Reform sich richtete, von Grund aus fremd."

In den kommenden Jahren wird Stein die Seele der antinapoleonischen Politik. Diese beiden Persönlichkeiten stellten nicht nur politisch, sondern auch ethisch die stärksten Gegensätze dar. Glänzend ist die Schilderung, die Lehmann von dem Charakter Napoleons gibt. Er kannte keine Unterscheidung zwischen gut und böse. „Für ihn gab es nur den Unterschied von stark und schwach, Sieger und Besiegten." Die Lüge handhabte er als bequemstes Kampfmittel. Bei Stein höchstes sittliches Verantwortungsgefühl, bei Napoleon skrupellose Amoralität.

In dem gewaltigen Ringen der nächsten Jahre mußte Stein bekanntlich meist Zuschauer bleiben, bis Alexander I. seinem Tatendrange eine neue große Bühne eröffnete. Steins Plan war nun, von Rußland aus und mit Rußland zusammen Deutschland dem Usurpator zu entreißen. Dabei dachte er nicht an einzelne Staaten: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland." Immer klarer wird ihm, daß die deutschen Fürsten nur Werkzeuge sein dürfen, daß es sich hier um die deutsche Nation handelt. Er wird die Seele des deutschen Komitees. Mochte Napoleon schmähen: „Der berüchtigte Stein ist der Gegenstand der Verachtung aller anständigen Leute."

Stein, der Befreier.

Für ihn galt das große deutsche Vaterland. Ihm ist zu verdanken, daß der Zar nicht Westeuropa allein der Befreiung vom Napoleonjoch überließ, sondern selbst Napoleons Vernichter und der Befreier Eur... wurde. Das preußisch-russische Bündnis stellt den äußeren Höhepunkt im Leben Steins dar. Die gewaltigen Befreiungskriege gehen ihren unerbittlichen Gang, und der ... Kongreß formt ein neues Europa. Strenge Urteile fällte Stein über die Bundesakte. Aber er blieb Optimist und hoffte alles von der Kraft des Fortschritts, die dem menschlichen Geiste innewohnt.

Die letzten Jahre von 1815—31 brachten ihm einen reichen Lebensabend. Mit seinem starken Herzen umfaßte er Familie und Staat, Nation und Menschheit. Ein Mann der Tat und der Wissenschaft, ein Verwalter diesseitiger Dinge und doch ein ewig Sehnsüchtiger nach dem Jenseits. Die Religion wurde ihm immer mehr Stütze und Antrieb. Luthers Schlachtruf: „Ein' feste Burg ist unser Gott," prangte auf dem Erinnerungsturm in Nassau. Im 74. Jahre starb Stein in Kappenberg, „frei von Todesfurcht, fest überzeugt, daß zwischen den Toten und Lebenden eine ewige Gemeinschaft besteht". Das Werk Steins hört nicht mit seinem Tode auf, sondern wird weiter wirken, so lange es ein deutsches Volk gibt. „Zwei Stätten politischer Arbeit," sagt Lehmann — „waren Stein zugefallen: Preußen und Deutschland. Hier wie dort hatte er eine Reform begonnen, aber unvollendet lassen müssen. In Preußen war es die Umbildung des bürokratisch ständischen Staates in den nationalen und — die Beschränkung der absoluten Monarchie; in Deutschland die Überwindung der Kleinstaaterei und die Begründung des Bundesstaates." Neue Aufgaben sind heute dem Staate gestellt. Die Idee der sozialen Verantwortung wird immer beherrschender in den Vordergrund gestellt. Aber die Grundlagen unserer neuen Zeit haben überall Stein und seine Mitarbeiter gelegt. So wird er stets zu den Unvergeßlichen der deutschen Nation gehören. — Sein literarisches Denkmal ist die Biographie Max Lehmanns[1]. Wem die vorstehenden Zeilen Lust gemacht haben, der greife zu Lehmanns Darstellung. Kaum ein anderes Buch führt so gut und so fesselnd in die Grundlagen unseres Staatslebens ein. Und wenn nach Bismarck Politik die Kunst ist, die Lehren der Vergangenheit auf die Gegenwart anzuwenden, so kann uns die Beschäftigung mit dem Freiherrn vom Stein zur wertvollen Vorschule politischen Lebens werden.

[1] Max Lehmann, Freiherr vom Stein. 3. Aufl. 5.—6. Tsd. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht. 631 Seiten. Leinen 14 RM.

Vorrätig in den hiesigen Buchhandlungen.

Was aber den Siebenschläfertag angeht, so haben selbst diejenigen, welche sich über Lostage sonst ein bißchen lustig machen, eine gewisse Scheu vor ihm. Der Glaube an ihn ist so fest eingewurzelt, daß man da mit Witz, Satire und Ironie nicht viel auszurichten vermag. Wenn es am 27. Juni regnet, soll während der folgenden sieben Wochen jeden Tag etwas Regen fallen, und wenn es auch nur ein paar Tröpfchen wären. Das ist der Aberglaube, der zu einem Glauben geworden ist! Verlegt man sich aber aufs Auslegen, so wird man sofort etwas ruhiger. Irgendwo nämlich wird es ja innerhalb der weitgesteckten Frist von sieben Wochen bestimmt regnen — und so wären die, welche an den Siebenschläfer glauben, einigermaßen gerechtfertigt. Wenn es heute in X, morgen in Y, übermorgen in Z regnet — so kann man das schon über sich ergehen lassen. Irgendwo mag es regnen, wenn es nur nicht die ganzen geschlagenen sieben Wochen hindurch bei uns regnet! Und in diesem Sinne kann man sich mit dem Siebenschläfer freundschaftlich abfinden und braucht nicht an ihm zu rütteln.

Regen mag zuzeiten und bald hier, bald dort dringend notwendig sein, aber es wäre fürchterlich, wenn wir in einen siebenwöchigen Dauerregen hineingerieten, zumal in eine solche Regenperiode die — Ernte fiele. Die Jünglinge Maximianus, Malchus, Serapion usw. mögen uns gnädig vor zuviel Nässe behüten, und wenn auch viele die Siebenschläfersage nach Deutschland verlegen, so braucht Deutschland darum noch lange nicht das Opfer eines regnerischen 27. Juni zu werden!

☐ **Ungültige Wohlfahrtsmarken.** Wie im Amtsblatt des Reichspostministeriums bekannt gemacht wird, verlieren die am 1. November 1930 ausgegebenen Wohlfahrtspostwertzeichen mit Städteansichten Ende Juni 1931 ihre Gültigkeit. Nicht verbrauchte Wertzeichen werden nicht umgetauscht.

—* **Die ersten reifen Waldbeeren.** An geschützten und sonnigen Stellen findet man hier und da schon reife Früchte zwischen den meistens noch vollständig grünen oder schon roten. Die Reife beginnt in diesem Jahre also etwa 14 Tage später als im Vorjahre und sehr ungleichmäßig. Um ja die ersten Waldbeeren zu ernten, ziehen schon Scharen von Leuten in die Berge, um die schon reifen abzusuchen. Sie zertrten leider die in diesem Jahre volltragenden Sträucher dabei, wodurch das Reifen der grünen und roten Früchte sehr beeinträchtigt wird. Oft werden dann die Sträucher soger trocken. Bei gleichmäßigem Reifen kommt das weniger vor. Schade darum, die Ernte fällt nach vorzeitigem Zertreten dann geringer aus.

Vermögenssteuerklärung und Einheitsbewertung.

Wie füllt man die Vermögenssteuererklärungen aus?

Die Finanzämter haben in diesen Wochen die Formulare für die Vermöaenssteuererklärungen zugestellt. Die Ausfertigung der Erklärungen macht den geplagten Angehörigen der hausbesitzenden Klasse besonders große Schwierigkeiten, da eine reichlich komplizierte Anlage als „Anhang Gr." (Grundvermögen) bezeichnet, zur Ausfüllung beiliegt. Die hier geforderten Ziffern anzugeben, ist aber eine unbedingte Notwendigkeit, soll doch auf dieser Grundlage der neue Einheitswert des Grundstücks ermittelt werden.

Man beginnt zweckmäßiger Weise zunächst mit den Eintragungen auf Seite 2. — Sämtliche Mieter müssen mit Namen aufgeführt werden und der Hauseigentümer selbst darf nicht fehlen. Sind auch leerstehende Räume vorhanden, so trägt man anstatt eines Namens in Spalte 2 „leer" ein. — Geschoß, Zahl der Räume und Art der Räume — alle diese Angaben sind in den Spalten 3 und 4 zusammenzudrängen. Dabei kann man sich der im Formular selbst bezeichneten Abkürzungen bedienen.

Der Jahresbetrag der Friedensmiete ist anzugeben. In Spalte 6 sind die richtigen Ziffern einzusetzen. — Wohl gemerkt: Jahresbeitrag der Rohmiete. Also: Friedensmiete und Zuschlag, oder die ganze Festmiete, die jetzt gezahlt wird, immer umgerechnet aufs Jahr. Die Miete muß aber auch dann voll angegeben werden, wenn der Mieter infolge Hauszinssteuerermäßigung nur eine gekürzte Miete zahlt.

In Spalte 7a gehören die umlegungsfähigen Steuerbeträge. Man kann sie pro Mieter bezw. pro Raum nicht errechnen, und deshalb empfiehlt es sich, sie insgesamt aufzuführen. Es ist gestattet als umlegungsfähige Steuerbeträge 9 Prozent der Jahresrohmiete anzunehmen.

Die Spalten 7b und 8 sind von untergeordneter Bedeutung, da einmal Vergütungen für Zentralheizungen usw. fast stets gesondert — außerhalb der Miete — berechnet werden und ferner die in 8 gemeinten Verpflichtungen des Mieters in Geld veranschlagt, keine nennenswerte Summe ergeben.

Man zieht Spalte 6 und 8 zusammen und zieht hiervon die Ziffern der Spalten 7a und 7b ab und daraus ergibt sich die reine Jahresrohmiete, die in Spalte 9 gehört und nur als Schlußsumme angegeben zu werden braucht.

Seite 1 des Formulares „Anhang Gr." ist leichter auszufüllen als Seite 2. — Bei Beantwortung der Frage 4 ist zu beachten, daß die Küche nicht einbezogen werden soll. Frage 5 ist von Bedeutung, da es bei der Veranlagung von Wichtigkeit sein kann, ein wie großer Teil der Miete auf gewerblich genutzte Räume entfällt.

Man vergesse nicht, die Vermögenssteuerklärung selbst auszufüllen; hier sind auf Seite 4 auch die Grundstückslasten aufzuführen.

Schon diese wenigen Erläuterungen zeigen die Schwierigkeiten, die sich einer ordnungsmäßigen Ausfüllung der Steuererklärung entgegenstellen. Da aber gerade die diesjährige Steuerveranlagung in Zukunft auf verschiedene Steuerarten und deren Höhe von besonderem Einfluß ist, empfiehlt es sich dringend, evtl. fachmännischen Rat einzuholen.

Halver

=) Am Mittwoch, den 1. Juli, morgens 8,15 Uhr beginnend findet hierselbst im Sitzungssaale des Amtshauses **Gerichtstag** statt. Zur Förderung der Geschäfte ist es erforderlich, daß die zu verhandelnden Sachen vorher beim Amtsgericht in Lüdenscheid angemeldet werden, damit die betr. Akten zur Stelle sind. — Da von Mitte Juli bis in den Monat September die Gerichtsferien dauern, fallen auch in dieser Zeit die Gerichtstage in Halver aus. Der erste Gerichtstag nach den Ferien findet hierselbst erst wieder am 7. Oktober statt.

Schalksmühle

)! Der **Kindergottesdienst** unternimmt am kommenden Sonntag einen Ausflug nach Dahlhausen. Abmarsch um 2 Uhr von der Kirche. Der Posaunenchor wird die Wanderung mit Marschmusik begleiten.

—x Auf der Volmestraße wollte bei einer Kurve ein Radfahrer einem Auto ausweichen. Das Auto, das aber durch den angeschütteten feinen Steinsplitt ausrutschte, brachte den Radfahrer zu Fall und brachte ihm Ober- und Unterschenkelverletzungen bei. Dr. Zimmermann leistete die erste Hilfe, während das Auto unerkannt entkam.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle.

Schalksmühle, den 24. Juni 1931.

Am Mittwoch, dem 24. Juni, nachmittags 5 Uhr fand im Kaffeehaus Schulz in Schalksmühle eine Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schalksmühle statt. Unter dem Vorsitz von Gemeindevorsteher Diergarten und unter Beisein des Bürgermeisters Watermann, Halver, wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsteher Diergarten, der am 23. 6. stattgefundenen Silberhochzeit des Vertr. Rob. Eicker und übermittelte die persönlichen Glückwünsche namens der gesamten Vertretung. Tiefgerührt dankte Herr Eicker, so auch für die telegrafischer Gratulation. Außer Vertr. Heinr. Pfender, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten zur Verfügung gestellt hat, fehlte noch Vertr. Alb. Jung.

1. Antrag des M.-G.-V. Dahlerbrück auf Stiftung eines Gemeindepreises.

Der M.-G.-V. Dahlerbrück hat am 27. März 1931 die Stiftung eines Gemeindepreises zu dem am 12. Juli ds. Jrs. zu veranstaltenden Gesangwettstreit beantragt.

Trotzdem, daß gen. Verein in anderer Gemeinde und einem anderen Amt und sogar in einem anderen Kreis tagt, beschließt Vertretung doch dem Beispiel der anderen auch weniger beteiligten Gemeinden zu folgen und einen Gemeindepreis zu stiften, zumal ja auch der Wettstreit aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Vereins und dazu noch hier in der Turnhalle stattfindet.

2. Antrag des M.-G.-V. Rotthausen auf Stiftung eines Gemeindepreises.

Der M.-G.-V. Rotthausen beantragt unterm 21. Mai 1931 die Stiftung eines Ehrenpreises zu dem am 2. August aus Anlaß der 25jährigen Jubelfeier zu veranstaltenden Gesangwettstreit.

Auch diesem, aber innerhalb der Gemeinde Schalksmühle tätigen Verein, wird ebenfalls ein Gemeinde-Ehrenpreis bewilligt. Gemeinde-Vorsteher Diergarten und Vertr. Eicker werden zur Beschaffung beider Preise beauftragt und ihnen die entsprechenden Kosten zur Beschaffung gestellt.

3. Erhebung von Berufsschulbeiträgen für 1931.

Der Schulvorstand der Berufsschule Schalksmühle hat in der Sitzung am 18. März 1931 beschlossen, der Gemeindevertretung in Vorschlag zu bringen, von der Erhebung von Berufsschulbeiträgen für 1931 abzusehen und die Kosten der Berufsschule in ganzer Höhe auf die Gemeinde zu übernehmen.

Vertretung beschließt einstimmig dem Antrage gemäß für 1931 von der Erhebung von Berufsschulbeiträgen abzusehen.

Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft und es schloß sich eine solche vertraulicher Art an.

Sitzung der Amtsverwaltung Lüdenscheid.

Bilanz der Amtssparkasse — Aufhebung des Mieteinigungsamtes — Ortsausschuß für Jugendpflege.

Lüdenscheid, den 23. Juni.

Die Mitglieder der Amtsvertretung Lüdenscheid traten Dienstag im Amtshause unter dem Vorsitz des Beigeordneten Weiland zu einer kurzen Sitzung zusammen, in deren Verlauf zunächst der Bericht der

Amtssparkasse für das Jahr 1930

entgegengenommen wurde. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden antragsgemäß genehmigt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß sich die wirtschaftliche Depression auch im Sparkassenverkehr schon im vergangenen Jahre bemerkbar gemacht hat. Der Gesamtumsatz hat auf einer Buchseite 136 000 000 RM. betragen, das sind 13 000 000 RM. weniger als im Jahre 1929. Dagegen hat sich die Zahl der Buchungskosten um rund 10 000 erhöht, ein Beweis, daß sich der Kleinverkehr gegen das Vorjahr gehoben hat. Die Gesamtzahl der Geschäftsvorfälle betrug rund 313 000 oder rund 1040 durchschnittlich pro Tag. Die Zahl der Sparkonten hat sich um 819 erhöht und betrug am Jahresschluß 8337. Die Spareinlagen beliefen sich auf rund 7 000 000 RM. Sie haben sich im Geschäftsjahr nur um 661 000 RM. erhöht. Die Guthaben im Kontokorrentverkehr beliefen sich auf 1 120 000 RM. Die Hypothekendarlehen betrugen am Jahresschluß 3 249 000 RM. Der Reingewinn betrug 96 500 RM., wovon 24 000 RM. an die Gewährsgemeinden abgeführt werden, während der Rest zur Verstärkung der Rücklagen und zu Abschreibungen dienen sollen.

Aufhebung des Mieteinigungsamtes.

Beigeordneter Weiland verweist hierzu auf die einschlägigen Bestimmungen und Anordnungen, wonach in Aemtern und Kreisen unter gewissen Voraussetzungen die Mieteinigungsämter aufzulösen sind. Auch das Mieteinigungsamt des Amtes Lüdenscheid soll aufgehoben und die Mietssachen in Zukunft den ordentlichen Gerichten in Altena bezw. in Lüdenscheid zur Erledigung überwiesen werden. Als Zeitpunkt der Auflösung ist der 1. Juli ds. Js. ins Auge gefaßt worden.

Die Versammlung beschließt antragsgemäß. — Zur Beratung steht sodann die Vorlage betr.

Einrichtung eines Jugendpflegeausschusses

In früheren Jahren hat, so führt Beigeordneter Weiland hierzu u. a. aus, ein Ortsausschuß für Jugendpflege bestanden, jedoch ohne organisatorische Grundlage im Sinne der staatlichen Bestimmungen. Er ist kaum oder nie zu Besprechungen zusammengetreten. Es empfiehlt sich daher, einen neuen Jugendpflegeausschuß zu bilden, und zwar im Sinne der ministeriellen Richtlinien.

Der Ausschuß hat den ihm angeschlossenen Vereinen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ihre Wünsche, Anrungen und Anträge, sofern sie sich mit dem Zweck des Ausschusses vereinbaren lassen, zu vertreten und an die behördlichen Stellen weiterzuleiten. Die Mittel für die Förderung der Jugendpflege werden nach wie vor durch die Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die Vorteile der Fahrpreisermäßigung, der Unfall- und Haftpflichtversicherung usw. kommen nur solchen Vereinen zugute, die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossen sind.

Zum Ortsausschuß sind bisher folgende Vereine zugelassen: TV. Oberrahmede, TV. „Frisch auf" Eggenscheid, TV. Brüninghausen, TV. Leifringhausen, Turn- und Sportverein Mühlenrahmede, Rahmeder Turnverein in Altroggenrahmede, Turnverein Brügge, Verein für Bewegungsspiele in Brügge, Fußballklub „Schwarz-Weiß" Schafsbrücke, Evangelischer Jugendverein Altroggenrahmede, Kath. Jünglingsverein Brügge, Kath. Jungfrauenverein Brügge, Kyffhäuser Jugendgruppe des Rahmeder Wehrvereins in Zum Hohle, Kyffhäuser Jugendabteilung des Landwehrvereins in Mühlenrahmede, Turn- und Sportverein Linscheid, Turngemeinde Hülscheid-Heedfeld, Turnverein Augustental und Heimvolkshochschulbund Wislade.

Wie Beigeordneter Weiland ausdrücklich betonte, wird jeder Leibesübungen und Jugendpflege betreibende Verein innerhalb des Amtsbezirks Lüdenscheid nach vorheriger Anmeldung (Zimmer 6, Amtshaus) zum Ortsausschuß zugelassen. Der Ausschuß soll vornehmlich auch über die Spielplatzfrage verhandeln und den Gemeindevertretungen entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Bei der Abstimmung findet die Vorlage einstimmige Annahme. Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Anschließend folgt noch eine geheime Beratung.

Eine Erfindung für die Frauenwelt! Wir können heute über eine Neuheit berichten, durch die jede Haarwäsche zum Vergnügen wird. Es ist die „Schaumbrille", die Schaum und Wasser bei der Kopfwäsche den Augen fernhält. Auf diese Weise hat man bei der Haarwäsche stets freie Sicht. Diese neue „Schaumbrille" finden Sie jetzt als Hülle bei jeder Packung von „Schwarzkopf-Extra", dem Haarglanz-Schaumpon, auch bei der neuen Spezial-Sorte Schwarzkopf „Extra-Blond" für Blondinen!

Kierspe

=! Gestern nachmittag fand im Amtshaus eine Sitzung des Schulvorstandes des Gesamtschulverbandes Schmidthausen statt. Die Aufhebung der Schule zu Mühlenschmidthausen wurde mit 3:2 Stimmen abgelehnt. Am 25. Juni, abends 7 Uhr wird im Saale des Gastwirts Werdes zu Neuenhaus nochmals die Elternschaft der Schulbezirke Schmidthausen und Berken zur Sache gehört werden.

Rönsahl

—c **Rund um die Welt.** Zwei Weltreisende — Holländer mit dem ältesten Auto von Holland — passierten am Mittwoch nachmittag 5,30 Uhr unsern Ort. Ausweislich ihrer amtlichen Papiere haben diese Sonderlinge am 3. Dezember 1927, also vor mehr als 3½ Jahren, ihre Weltreise mit dem Auto in Holland angetreten. Die Reise ging durch Belgien — Frankreich — Spanien — über See nach Marokko, dann durch Nord-Afrika nach Aegypten — Persien bis zur Grenze von China; wegen dem dort ausgebrochenem Bürgerkriege durften sie nicht in dieses Land hinein. Die Reise ging weiter durch die Türkei — Rußland — Balkanstaaten — Ungarn — Tschecho-Slowakai — Oesterreich — Schweiz nach Deutschland. Der Hauptzweck der Reise ist: „Studium zum Schriftsteller auf Aednographie." Die Weiterreise geht über Dortmund — Essen nach Rotterdam. Bis jetzt sollen 54 000 km. zurückgelegt worden sein.

Werdohl. 1 Jahr Gefängnis für einen Messerhelden. Zu einem Jahr Gefängnis wurde gestern vom Hagener Schöffengericht der vorbestrafte Arbeiter Sch. wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Die Ursache zu dieser Tat war nicht eine alltägliche. Sch. hatte sich in der Katholischen Kirche infolge Angetrunkenheit nicht ordnungsmäßig aufgeführt und war deshalb hinaus gewiesen worden. Er stand nachher vor einem Bäckerladen und machte sich dort ebenfalls überflüssig. Der Bäckermeister kam heraus und wies ihn fort, und zwar auch vom Bürgersteig. Sch. ging über die Straße zu einigen Leuten, die dort standen und fragte, ob er wohl mit Recht vom Bürgersteig gewiesen werden dürfte. Die Leute verneinten das und Sch. ging zurück in den Bäckerladen hinein. Hier entfachte er einen gewaltigen Wortwechsel und es kam zu Tätlichkeiten, bei denen der Bäckermeister von Sch. durch mehrere Messerstiche an der Hand so schwer verletzt wurde, daß nachher eine gewisse Lähmung zurückblieb. Wegen dieses rohen Verhaltens wurde Sch. gestern zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Wetter. Ein tapferer Junge. Ein siebenjähriger Junge hatte sich im Harkortsee zu weit gewagt und versank. Schon zweimal war er untergetaucht, da konnte der 11jährige Schüler Egon Möritz ihn noch ergreifen und unter Aufbietung aller Kräfte retten. Der Retter bewies großen Mut. Seine wackere Tat dürfte wohlverdienten Lohn finden.

Hüsten. Großfeuer. Gestern nachmittag gegen 13,30 Uhr brach plötzlich in der Reißbrettabteilung der Hüstener Metallindustrie Feuer aus, das infolge der dort lagernden leicht brennbaren Materialien (Kisten usw.) schnell um sich griff, so daß der Fabrikraum im Nu in hellen Flammen stand. Die freiwillige Bürgerfeuerwehr wurde sofort alarmiert. Infolge des starken Windes griff das Feuer auch auf eine entfernt stehende Scheune des Brennereibesitzers Köster über, die bis zum Dach mit Stroh und Heu gefüllt war; sie brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Feuerwehr hatte alle Hände voll zu tun, um ein benachbartes Wohnhaus vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Da auch andere Teile des Fabrikgebäudes gefährdet waren, mußte noch die Feuerwehr der Vereinigten Stahlwerke alarmiert werden und es gelang, um 4 Uhr das Feuer zu löschen. Die Reißbrettabteilung, der Packraum und einige andere Räumlichkeiten der Fabrikanlage sind ausgebrannt. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Einbeck. Vergleichsverfahren bei der Firma Stukenbrok. Wie aus einem in diesen Tagen an die Gläubiger der Firma A. Stukenbrok gerichteten Rundschreiben hervorgeht, wird der Generalbevollmächtigte versuchen, einen gerichtlichen Vergleich auf der Basis von 30 Prozent für die gewöhnlichen Gläubiger zustande zu bringen, wobei jedoch vorgesehen ist, den kleinen Gläubigern —etwa bis zu 100 Mark — eine größere Quote zu zahlen.

Elberfeld. In der vergangenen Nacht brach in dem zu einem Milchhof in der Varresbeck gehörenden Gebäude Großfeuer aus. Beim Eintreffen des Löschzuges stand eine

etwa 40 Meter lange Scheune, die die Stadt von dem Milchhof gepachtet hatte, in Flammen. Auch ein daneben liegender Schuppen, der mit Heu von etwa 15 Morgen Wiese gefüllt war, stand bereits in Flammen. Nach kurzer Zeit war es den Feuerwehren möglich, die Gewalt des Feuers zu brechen und die drohende Gefahr, daß das Feuer sich weiter auf Anbau und Scheunen ausbreitete, zu beseitigen. Die Nachforschungen nach der Entstehungsursache des Brandes haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Düsseldorf. Der Fall Kürten. Die Folter der Ungewißheit. Der Mörder Kürten ist gestern unter der Qual der Ungewißheit seines Schicksals vollkommen zusammengebrochen. Nach Aussagen von Beamten des Gefängnispersonals in Düsseldorf-Derendorf peinigt ihn eine an Wahnsinn grenzende Angst vor dem Tode. In gleicher Weise wie die kaltblütige Ruhe des Massenmörders während der Gerichtsverhandlung und nach der Verkündigung des Todesurteils gänzlich anormal erscheinen mußte, ist sein jetziger Zustand natürlich und verständlich. Um so mehr sollte jedoch — unter Ausschaltung aller politischen Tendenzen — jetzt die Entscheidung über Kürtens Schicksal seitens des preußischen Justizministeriums unverzüglich getroffen werden.

Straubes weitere Vernehmung.

5. Tag des Scheuen-Prozesses.

Am 5. Verhandlungstage im Scheuen-Prozeß in Lüneburg wurde die Vernehmung des Direktors Straube fortgesetzt. Er gab Erklärungen zu den einzelnen ihm zur Last gelegten Mißhandlungen vor Zöglingen der Revoltegruppe ab. Straube gab zu, den Zögling Puls in der Erregung geschlagen zu haben, als man ihn, Puls, als Anstifter der Revolte bezeichnet habe. Wer Puls außerdem noch mißhandelt habe, wisse er nicht. Als die in Celle festgenommenen Zöglinge abgeholt wurden, blieb Straube, wie er angibt, hinter dem Transport zurück, so daß er die Mißhandlung von Zöglingen durch seine Gruppe nicht habe wahrnehmen können. Als er bei der Vernehmung erfuhr, daß die vier aus Braunschweig zurückgebrachten Zöglinge Mitanstifter der Revolte gewesen seien, will er in große Erregung gekommen sein und die vier Zöglinge geschlagen haben. Straube erklärte, er habe durch die Aufregung der Tage einen Art Nervenzusammenbruch erlitten. Ueber die

Anschaffung der Gummiknüppel

befragt, erklärt Straube, daß diese zu einer Zeit erfolgt sei, als schon in anderen Erziehungsheimen Revolten ausgebrochen seien. Die Erzieher sollten den Gummiknüppel jedoch nur in äußerster Notwehr gebrauchen. Der Angeklagte wird dann weiter über seine Maßnahmen bei der Revolte gehört. Er führt u. a. aus, daß er absoluter Gegner der Prügelstrafe sei und daß er seine Erzieher angewiesen habe, Prügelstrafen zu vermeiden. Nur bei grober Widersetzlichkeit oder um die Autorität zu wahren und nur in Notwehr habe er zu Schlägen gegriffen. Im übrigen sei aber von ihm das Prinzip verfolgt worden, die Prügelstrafe zu unterdrücken.

Die Auseinandersetzung der Verteidigung im weiteren Verlauf des Scheuen-Prozesses geht um die Formalitäten der Fragestellung an den Angeklagten Straube und um die Einhaltung der Prozeßordnung. Nach kurzer Beratung faßte das Gericht den Beschluß, daß Fragen allgemein nur durch den Vorsitzenden an den Angeklagten zu stellen seien. Rechtsanwalt Löwenthal nahm dann bezug auf die

Mißhandlung des Zöglings Wegener,

der von Scheuen nach Struveshof bei Berlin kam und dort Anzeige wegen gewisser Verfehlungen eines Erziehers in Scheuen sowie wegen Mißhandlung mit einer Hundepeitsche durch Straube erstattete. Direktor Straube war damals aufgefordert, an das Berliner Jugendamt Bericht über den Fall einzureichen. In diesem Bericht hatte Straube geschrieben, es seien gewisse Vergehen von einem Erzieher verübt worden, der sich aber schon aus dem Staube gemacht habe. Was die Mißhandlung mit einer Hundepeitsche durch Straube selbst betreffe, so treffe das nicht zu. Diesem Schreiben war ein von 20 Zöglingen unterschriebener Brief beigegeben, die alle Wegener als verlogen bezeichneten und alle Verdächtigungen des Direktors Straube scharf zurückwiesen. Sämtliche 20 Namen unter dem Brief waren von einer Handschrift geschrieben. Der Zögling Zeucke gibt nun vor Gericht die Erklärung ab, daß seine angebliche Unterschrift gar nicht von ihm stamme. Straube will auf keinen Fall die Abfassung dieses Schreibens veranlaßt haben.

Nach der Mittagspause wird weiter über den Fall Wegener verhandelt. Durch den Brief der Zöglinge wird eine lange Auseinandersetzung angeregt, die zwar für eine Rückkunft Straubes nach seiner Entlassung sprechen, aber von allen Zöglingen im Laufe des Jahres nach der Revolte gemeinsam oder einzeln geschrieben worden sind. Die Briefe gewinnen insofern an Bedeutung, als sie von Dr. Löwenthal oder von Dr. Freymark-Celle vorgelegt werden und die Angeklagten aus beiden Gruppen Erklärungen dazu abgeben müssen. Zögling Schulz erklärt, beim Abschied von Scheuen habe Straube gesagt, wenn die Zöglinge ihn wiederhaben wollten, müßten sie an die Berliner Stadträtin Weyl schreiben. Der dann tatsächlich an Frau Weyl geschriebene und von allen Zölingen unterschriebene Brief gibt Anlaß zu langen Vernehmungen.

Gutenbergfeier in Mainz.

Ein französischer Professor hält einen deutschen Vortrag.

Wie alljährlich, so fand auch diesmal am Johannisfest in Mainz eine Gutenberg-Gedenkfeier statt. Das Gutenberg-Denkmal war mit prächtigen Kränzen der Stadt Mainz, der Gutenberg-Gesellschaft und der Buchdrucker geschmückt. Professor Klenken sprach über die Bedeutung Gutenbergs. Im ehemaligen kurfürstlichen Schlosse hielt dann

der Universitätsprofessor Dr. Kolb aus Nancy

in deutscher Sprache einen Vortrag über die Ausbreitung der Buchdruckerkunst im 16. Jahrhundert. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Druckkunst schilderte auf einem von allen Volksschichten besuchten Gutenberg-Abend Dr. Ruppel in einem Vortrage über „Gutenberg und sein Werk". Das Gutenberg-Museum veranstaltete eine Sonderausstellung, die ein anschauliches Bild von der Geschichte der Stadt Mainz von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart gibt.

Schnellzug entgleist.

Lokomotive in den Fluß gestürzt.

Der Schnellzug Rustschuk—Philippopel entgleiste auf der Brücke, die über den Fluß Bedetschka führt. Die Maschine stürzte in den Fluß; sämtliche Wagen blieben jedoch umgekippt auf der Brücke liegen, so daß ein großes Unglück vermieden wurde. Das Maschinenpersonal der abgestürzten Lokomotive war rechtzeitig abgesprungen. Ein Heizer trug schwere Verletzungen davon; mehrere Reisende wurden durch Glassplitter und Gepäckstücke leicht verletzt. Die zur Untersuchung entsandte technische Kommission bezeichnet das Verbleiben aller Wagen bei dem Unglück auf der Brücke als ein Wunder.

Spiel und Sport.

Deutsche Turnerschaft!
6. Bezirk Märkischer Turngau.
Faustball.

Gauklasse in Schalksmühle.

Stöcken-Dahlerbrück 1. — Schalksmühle 1.	15	Uhr
Schalksmühle 1. — Rummenohl 1.	15,30	Uhr
Linscheid 1. — Stöcken-Dahlerbrück 1	16	Uhr

2. Gruppe in Meinerzhagen, Bezirksklasse.

1. Gruppe in Oberbrügge.

Meinerzhagen 3. — Oberbrügge 2.	14,30	Uhr
Jahn Lüdenscheid 1. — Oberbrügge 2.	15	Uhr
Brügge 1. — Meinerzhagen 3.	15,30	Uhr

2. Gruppe Oeckinghausen.

Oeckinghausen 1. — Ennepe 1.	14,30	Uhr
Branten 1. — Oeckinghausen 2.	15	Uhr
Linscheid 2. — Ennepe 1.	15,30	Uhr
Oeckinghausen 1. — Branten 1.	16	Uhr
Linscheid 2. — Oeckinghausen 2.	16,30	Uhr

Sp. Gerüchte von einer Absage der Deutschen Radmeisterschaften des BDR., die für den 7. und 9. August vorgesehen sind, bestätigen sich nicht. Fraglich ist nur geworden, ob sie im Berliner Stadion ausgetragen werden, oder auf einer anderen noch nicht bestimmten Bahn.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 24. Juni.

Erwerbslosenkundgebungen vor Berliner Arbeitsnachweisen.

Berlin. Vor dem Arbeitsnachweis in der Seydelstraße unternahmen etwa 250 Erwerbslose eine lärmende Demonstration, in deren Verlauf sie in den Hof des Gebäudes und schließlich auch in die Arbeitsräume eindrangen. Da die Aufforderung des Leiters des Arbeitsnachweises zum Verlassen des Grundstücks erfolglos blieb, wurde ein stärkeres Polizeikommando eingesetzt, das die Straße säuberte. Etwa eine Stunde später ereignete sich eine gleiche Kundgebung vor dem Arbeitsnachweis in der Lothringer Straße, an der sich etwa 300 Personen beteiligten. Auch hier mußte die Polizei einschreiten. Zu ernsteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Hindenburgs Telegramm an Hoover im Englischen Unterhaus.

London. Im Unterhaus wurde der Vertreter des Auswärtigen Amtes über die Stellungnahme der englischen Regierung zu dem Telegramm befragt, das Reichspräsident von Hindenburg an den Präsidenten Hoover sandte. Mr. Dalton, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, antwortete, daß der Text dieses Telegramms vertraulich sei. Soweit der Außenminister wisse, sei es bisher noch nicht veröffentlicht worden.

Schweres Unwetter über Freising und München.

München. Stadt und Bezirk Freising wurden von einem furchtbaren Hagelwetter heimgesucht. Das Unwetter war das schwerste, seit 30 Jahren. In vielen Orten wurde die Obst- und Getreideernte bis zu 75 Prozent vernichtet. — Auch über München ging ein heftiges Gewitter nieder. Während des Gewitters entstand mitten in der Stadt durch Blitzschlag ein gefährlicher Brand. Großer Schaden wurde durch die Wassermassen angerichtet.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Zwangsversteigerung.
Freitag, den 26. Juni 1931, 13 Uhr werde ich in **Halver, Hotel zur Post**
1 Standuhr,
1 Teppich
öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.
Barthel,
Gerichtsvollzieher.

Tüchtiges
Morgen-Mädchen
gesucht.
Von wem, ist in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers in Halver zu erfahren.

Polizeiliche
An- und Abmeldeformulare
sind vorrätig
in der Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Rot-, Süß- u. Weiß-Weine
Spezialität:
Krankenweine
Otto Meisterjahn,
Kierspe.

Ueber Nacht
trocknen meine
Ia. Bernstein Fußboden-Lackfarben.
Halversche
Medizinal-Drogerie
Carl Menke.

Gemeinde-Vertretung Schalksmühle.
Der **Gemeindevertreter Heinrich Pfender aus Schalksmühle** hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Der Gemeinde-Vorstand hat festgestellt, daß als **Ersatzmann der Uhrmachermeister Theodor Schulz aus Schalksmühle** in die Gemeinde-Vertretung eintritt. Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach dieser Bekanntmachung bei dem Gemeinde-Vorstand Schalksmühle Einspruch erheben.
Schalksmühle, den 25. Juni 1931.
Der Gemeinde-Vorstand.

Auf zur Wilhelmshöhe!

Sonntag, den 28. Juni 1931:
TANZ
Anfang 5 Uhr.
Beckers Salonorchester.

Stellen-Anzeigen
für den
‚Personal-Anzeiger des Daheim'
werden durch unsere Geschäftsstelle Halver Kirchstr. 5, ohne Spesenzuschlag vermittelt.
Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 10 Pf. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen — Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.
Die Geschäftsstelle des
Allg. Anzeiger, Halver.

Sämtliche Anstreicher-Arbeiten werden gut und preisw. ausgeführt!
Eugen Schwarz, Halver,
Berlinerstraße 29 -

Landwirtschaftlicher Verein Halver.
Die
Frist zur Abgabe der Vermögenssteuer-Erklärungen
ist für d. Landwirtschaft verlängert **bis 15. Juli.** Inzwischen wird Herr Dr. Herfel in unserer Gemeinde nach vorheriger Bekanntmachung die Anträge entgegennehmen. Alles Uebrige wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Futtermittel!
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Weizen
Hafer
Gerste
Mais
Bruchmais
Gerstenfuttermehl
Gerstenschrot
Haferfutterflocken
Kartoffelflocken
Geflügelfutter
(deutsch. Bundesfutter)
Legemehl
Kükenfutter,
Geschält. Hühnerreis
Ungeschälten Reis
Leinmehl
Laktina
(bestes Aufzuchtmittel)
Pferdehäcksel
Pferdemelasse
Weizenkleie
Kochsalz
Viehsalz.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Akten-Mappen
aus Rindleder schwarz und braun,
Tornister
Schüler-Etuis
Brieftaschen
Damen-Taschen
Einkaufs-Beutel
Scheintaschen etc.
empfiehlt preiswert
Wilh. Bell jr. Halver

Einkochgläser
Einmachgläser
Für die Einmachzeit
Geleegläser
Steintöpfe
Wilh. Bell jr., Halver.

NBK
WILLE SPAREN GOTT VERTRAUEN WERDEN VATERHAUSER BAUEN
Freies HEIM
durch die N.B.K.
Billiges Geld gegen unkündbare Tilgungs-Hypothek zum Bau od. Erwerb von Eigenheimen und zur Ablösung teurer Hypotheken durch Abschluß eines Bausparvertrags mit der
Neuen Bausparkasse G.m.b.H. in Wüstenrot (Württ.)
Verlange den kostenlosen Prospekt T 208

Achenbach-Garagen
ab Lager

Wellblech,- Stahl- u. Betonbauten jed. Art
Angebote u. Prospekte kostenlos
Gebr. Achenbach
G. m. b. H.
Eisen-u. Wellblechwerke
Weidenau/Sieg
Postfach Nr. 380
Vertr.:
M. Krägeloh, Lüdenscheid Friesenstr. 20, Tel. 3896.
Deutsch. Bausausstellg. Berlin: Freigeländ. Abt. Garag.



Photo-Apparate und Zubehör
erhalten Sie preiswert in der
Halverschen
Medizinal-Drogerie
Carl Menke.

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 26. Juni.

6,45—7,00 Leibesübungen, Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Zeitangabe und Wiederholung der Wettervorhersage.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Bremus.
10,30 Erste Meldungen, amtliche Wasserstandsmeldungen und Zeitangabe.
10,40—11,15 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
11,20—12,00 Schulfunk für die Mittelstufe höherer Lehranstalten. Französische Unterhaltung.
12,00 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten „Die Stimme seines Herrn").
12,50 Wetterbericht.
12.55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung Eysoldt.
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholung), Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen.
15,50—16,20 Kinderstunde. Aus unserer Werkstatt. Wir machen uns ein Indianerdorf. Material: Fester Umschlag vom Schreibheft, Stoffreste.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Frida Hummel: Die Irrfahrten des Daniel O'Rourke, ein irisches Volksmärchen. 2. Rud. Weber: Wie richten wir ein Terrarium ein. Das Aquaterrarium. Fütterung und Unterhaltung der Tiere.
17,00—18,00 Uebertragung vom Südwestdeutschen Rundfunk: Vesperkonzert.
18,00—18,20 Ketzereien zur Zeit. Erik Reger: Problemlose Jugend.
18,20—18,40 Wanderungen in Rheinland und Westfalen. Dr. Herbert Eulenberg: In und um Koblenz.
18,40—19,00 Technik und Wirtschaft. Prof. Dr. Langer: Entwicklung, Bedeutung und Zukunftsaussichten des Dieselmotors.
19,00—19,10 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportbericht.
19,10—19,50 Uebertragung aus Alsdorf: Erngas.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00 **Chorkonzert.**
Zeitgenössische Tonsetzer. — Hansen (Sopran), Strienz (Baß), Wocke (Bariton), Rieth (Rezitation), der Kammerchor und das Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Zimmermann.
Etwa 21,50—22,15 Die Welt auf der Schallplatte. Leo Matthias: Cabaret in Bagdad.
22,15 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,00 Nachtmusik, Leitung: Wolf.
23,00—24,00 Uebertragung von der Rheinterrasse Rodenkirchen: Tanzmusik der Kapelle Harry Head.